



Keine Rückkehr zur sogenannten „Normalität“

Der Zusammenhang zwischen dem Coronavirus und der Umweltkrise ist offenkundig. Die Profit- und Sparpolitik der letzten Jahre hat das Gesundheitssystem an den Rand gebracht. ArbeitnehmerInnen, die sich um die elementarsten Bedürfnisse der Menschen kümmern, müssen zusehen, wie ihre Rechte per Federstrich weggeschwächt werden.

Die Pandemie fordert einen hohen Tribut: Neben dem unglaublichen Verlust an Menschenleben und dem weltweit verursachten Leid haben sich die sozialen Ungleichheiten auch in der Schweiz weiter verstärkt.

Auch hier gilt: wir sind nicht alle gleich betroffen von COVID19. Wir sind dem Ansteckungsrisiko nicht alle auf die gleiche Weise ausgesetzt, haben nicht alle die gleichen Ressourcen, um uns zu schützen und die wirtschaftlichen Folgen treffen uns nicht gleich hart.

Jetzt schon gibt es massive soziale Kollateralschäden: Entlassungen, die Verarmung von Sans-papiers, prekär Beschäftigten und Selbständigen, eine zum Teil brenzlige Verringerung des Einkommens durch Kurzarbeit oder Verdienstausfallentschädigungen. Sowie auch die physische und psychische Erschöpfung derjenigen, die an vorderster Front stehen oder Homeoffice zusammen mit häuslichen Aufgaben und Kinderbetreuung bewerkstelligen.

Und es geht weiter: Im Angesicht der kommenden Rezession haben viele Arbeitgeber nicht nur die Dreistigkeit ihre Gewinne zu retten, sondern fordern auch von ArbeitnehmerInnen eine grössere Flexibilität bei den Arbeitszeiten, eine Erhöhung des Rentenalters, Lohnkürzungen und weitere Sparmassnahmen.

Die von oft von Profitdenken geleiteten politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte haben die Verwundbarkeit vieler Menschen erhöht. Die Sozialversicherungen, die öffentlichen Dienste, Löhne und Arbeitsbedingungen und auch unser Gesundheitssystem wurden geschwächt. Gleichzeitig kündigt sich die nächste Krise an: die globale Erwärmung setzt sich mit beschleunigtem Tempo fort. Das muss aufhören!

Wir müssen den Mensch und die Umwelt wieder in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen keine Rückkehr zur sogenannten "Normalität".

Wir fordern unter anderem:

- Die Stärkung des Service public und einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Leistungen
- Das Ende der Privatisierungen und Auslagerungen im Service public
- Steuergerechtigkeit
- Die Schaffung und Aufwertung nachhaltiger und gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten
- Verbindliche Gesetze und grössere Investitionen zur Bewältigung der sozialen und der Klimakrise
- Die Anerkennung und der Schutz von Hausangestellten - oft Migranantinnen
- Eine Anerkennung der ausserordentlichen Leistungen des Gesundheitspersonals
- Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Sozialleben
- Mitsprache und Teilhabe in den Betrieben und in der Politik

Lea Ziegler, Tanja Lantz

VPOD Schweiz > Coronavirus. Politik. VPOD Schweiz, 2020-05-15